

<http://german-foreign-policy.com/de/fulltext/59491>

Internationale Dissidenz (III)

28.11.2016 FRANKFURT AM MAIN/WIESBADEN

(Eigener Bericht) - Eine sozialwissenschaftliche Einrichtung der Universität Frankfurt am Main kooperiert mit Polizei und Geheimdiensten. Das an der Frankfurter Hochschule angesiedelte "Forschungszentrum Globaler Islam" ist Teil des "Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus", das vom Landeskriminalamt Wiesbaden und vom für Inlandsspionage zuständigen Verfassungsschutz gesteuert wird. Das Forschungszentrum wiederum sieht sich selbst als Think Tank, der die Funktion hat, die deutschen Repressionsbehörden bei ihrem Kampf gegen militante Islamisten durch die Evaluation von "Präventionsmaßnahmen" und "Deradikalisierungsprogrammen" zu unterstützen. Diese Aufgabenstellung deckt sich mit derjenigen des ebenfalls an der Universität Frankfurt beheimateten Wissenschaftsclusters "Internationale Dissidenz". Dort zielt man erklärtermaßen darauf, radikale politische Gruppen und Bewegungen wieder in die etablierten "Ordnungsstrukturen" zu integrieren. Passend dazu befassen sich auch die Frankfurter "Dissidenzforscher" mit der "Deradikalisierung" vom Salafismus beeinflusster Jugendlicher. "Repressive Maßnahmen" seien dabei "Teil der politischen Handlungsoptionen", heißt es.

Spezialisten in allen Bereichen

Nach Angaben der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main ist die Leiterin des dortigen "Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam" (FFGI), Susanne Schröter, Mitglied des "Fachbeirats" des "Hessischen Präventionsnetzwerks gegen Salafismus" [1] - einer von Polizei- und Geheimdienststellen gesteuerten Einrichtung. Das "Präventionsnetzwerk" ist integraler Bestandteil des vom Hessischen Innenministerium ins Leben gerufenen "Hessischen Informations- und Kompetenzzentrums gegen Extremismus" (HKE), das nach eigenem Bekunden "sämtliche landesweiten Initiativen der Prävention und Intervention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen aus den Bereichen des Rechts-, des Links- und des islamistischen Extremismus zentral erfasst, koordiniert und optimiert".[2] Sowohl in der "Lenkungsgruppe" des HKE als auch im "Fachbeirat" des "Präventionsnetzwerks" sind Beamte des Landeskriminalamts Wiesbaden und des für Inlandsspionage zuständigen Verfassungsschutzes vertreten. Erklärtes Ziel ist es, im Rahmen eines "ressort- und organisationsübergreifenden Ansatz(es)" alle als "extremistisch" definierten Gruppen und Bewegungen "ganzheitlich" zu bekämpfen.[3] Das HKE steht außerdem in direkter Verbindung mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dessen "Beratungsstelle Radikalisierung" Freunde und Angehörige potenzieller Islamisten explizit dazu anhält, diese per Anruf bei einer eigens geschalteten "Hotline" zu denunzieren. Das BAMF könne dann sofort den "direkten Kontakt zu Spezialisten in allen Bereichen" herstellen, heißt es.[4]

Neue Feinde

Zu den besagten "Spezialisten" zählt offenbar nicht zuletzt die Leiterin des "Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam", Susanne Schröter, die Presseberichten zufolge das Hessische Landeskriminalamt (LKA) auch direkt "berät".[5] Schon bei der Gründungskonferenz des FFGI Ende November 2014 war ein Mitarbeiter des LKA zugegen; in seinem Referat definierte er den "jihadistische(n) Salafismus" als "Jugendkultur" der "neuen Feinde der Demokratie".[6] Diese Auffassung deckt sich mit der des FFGI, das den militanten Islamismus zudem als "transnationale Bewegung" beschreibt, die ein "utopisches Gegenmodell zu real existierenden Gesellschaftsformen" darstelle. Eindeutig verworfen werden dagegen wissenschaftliche Analysen, die die "zunehmende Anziehungskraft des Salafismus in westlichen Ländern" in erster Linie auf die "Diskriminierungserfahrungen" von Migranten und ihren Nachkommen zurückführen. Folgerichtig ging es bei der Gründungstagung des FFGI denn auch nicht um Themen wie Rassismus und soziale Ungleichheit, sondern darum, "Präventionsmaßnahmen" und "De-Radikalisierungs-Programme" der deutschen Repressionsbehörden im Hinblick auf die erwünschten "Effekte" zu diskutieren.[7]

Geeignete Abwehrmaßnahmen

Passend dazu betrachtet FFGI-Leiterin Schröter nach eigenem Bekunden das Rhein-Main Gebiet als zentrale "salafistisch-jihadistische Operationsbasis". Wie sie in einem gleichnamigen Aufsatz schreibt, sei die Tatsache, dass es hier noch keinen Angriff militanter Islamisten auf öffentliche Einrichtungen wie etwa Schulen gegeben habe, einzig der "bewundernswerten Arbeit der Polizei, den Informationen von Nachrichtendiensten und einigen glücklichen Zufällen zu verdanken". Dies liege nicht zuletzt daran, dass die gesellschaftliche Debatte über den gewaltbereiten Salafismus "fatalerweise" von einer "sozialarbeiterischen Perspektive" dominiert werde und daher wirklich "geeignete Abwehrmaßnahmen" ausblieben. Schröters ausdrückliche Unterstützung erfährt dagegen der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Holger Münch, mit seiner Forderung nach einem "Masterplan" zur Bekämpfung des Islamismus: "Darin ist ihm Recht zu geben, doch man sollte hinzufügen, dass eine zügige Umsetzung dieser Idee geboten ist. In Hessen, in Deutschland und darüber hinaus." [8]

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Das von Schröter geleitete FFGI ist Teil des an der Frankfurter Universität beheimateten "Exzellenzclusters Normative Ordnungen", zu dem auch der Forschungszusammenhang "Internationale Dissidenz" zählt (german-foreign-policy.com berichtete [9]). Es verwundert daher nicht, dass sich die hier beschäftigten Wissenschaftler gleichfalls mit "Präventionsmaßnahmen" gegen potenziell gewaltbereite Islamisten befassen. In einer Publikation der "Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung" (HSFK) bezeichnen sie deren Durchführung als "gesamtgesellschaftliche Aufgabe" und bekennen sich explizit zur polizeilichen und geheimdienstlichen Repression als "Teil der politischen Handlungsoptionen". So wird etwa gefordert, spezielle "Gefängnis-Imame" für den Einsatz in staatlichen Haftanstalten zu rekrutieren: "Insbesondere politische Salafisten und Dschihadisten haben die Gefängnisse und ihre jungen, meist männlichen Insassen als lohnende Ziele ihrer Propaganda entdeckt und nutzen die Schwäche der Sicherheitsbehörden konsequent aus." [10]

Neue Handlungsfähigkeit

Die Politikberatung des FFGI wiederum erstreckt sich nicht nur auf Polizei und Geheimdienste, sondern auch auf das deutsche Militär. Untersucht wird etwa, wie die Bundeswehr in die Lage versetzt werden kann, "erfolgreich" eine "humanitäre Intervention" gegen den "Islamischen Staat" durchzuführen. Das FFGI spricht sich dabei einmal mehr für einen "ganzheitlichen Ansatz" aus, der die "Einbindung ziviler Akteure und lokaler Multiplikatoren" ebenso umfasst wie "entsprechende Folgemitteilungen": "In einem solchen Rahmen muss die deutsche Bundeswehr in ihrem Fähigkeitspektrum und ihren Führungsstrukturen auf Tiefe vor Breite ausgerichtet werden. Als Strukturelement einer humanitären Intervention muss sie überdies ... die Befähigung zur militärischen Durchsetzung effizient einbringen können." Voraussetzung hierfür sei allerdings, dass sich die BRD endgültig vom "politischen Pazifismus" verabschiede, heißt es; nur so werde "eine neue Handlungsfähigkeit im internationalen Menschenrechtsschutz realisierbar". [11]

Bitte lesen Sie auch [Internationale Dissidenz \(I\)](#) und [Internationale Dissidenz \(II\)](#).

[1] Mitarbeiterprofil Schröter, Susanne, Prof. Dr. www.normativeorders.net.

[2], [3] Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus. hke.hessen.de.

[4] Beratungsstelle Radikalisierung. www.bamf.de Oktober 2016.

[5] Islamforscherin: Salafismus mittlerweile eine Jugendkultur. www.faz.net 15.11.2016.

[6] Salafismus und Jihadismus. Der Traum vom Gottesstaat im 21. Jahrhundert. Konferenz am 28. November 2014 im Leopold Sonnemann-Saal des Historischen Museums Frankfurt (Programmflyer).

[7] Konferenz diskutiert Wege aus dem Salafismus. www.normativeorders.net 21.11.2014.

[8] Susanne Schröter: Das Rhein-Main-Gebiet als salafistisch-jihadistische Operationsbasis. Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam, 08.05.2015.

[9] Siehe hierzu [Internationale Dissidenz \(I\)](#) und [Sicherheitskultur](#).

[10] Janusz Biene/Priska Daphi/Maik Fielitz/Harald Müller/Irene Weipert-Fenner: Nicht nur eine Frage der Sicherheit. Salafismus in Deutschland als gesamtgesellschaftliche Herausforderung. HSFK-Standpunkte 1/2015.

[11] Philipp Fritz: Die humanitär-militärische Interventionspraxis gegen den "Islamischen Staat" und die deutsche Perspektive auf das eigene Fähigkeitspektrum. Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam, November 2015.

Internationale Dissidenz (II)

23.11.2016 FRANKFURT AM MAIN/BOCHUM/BERLIN

(Eigener Bericht) - Sozialwissenschaftler der Universität Frankfurt am Main planen für kommendes Jahr einen Kongress über die "Radikalisierung" transnational agierender "Dissidenten". Dabei werden sowohl Protestbündnisse sogenannter Globalisierungskritiker als auch dschihadistische Gruppen unter der Fragestellung betrachtet, wie sich Oppositionelle zu kompromisslosen Kämpfern gegen die westlich geprägte "internationale Ordnung" entwickeln. Die Frankfurter Forscher stehen mit diesem Ansatz nicht allein. So untersuchen etwa Einrichtungen wie das "Institut für Soziale Bewegungen" an der Ruhr-Universität Bochum den Einfluss "strömungsübergreifender Mobilisierungen" auf die politische Durchschlagskraft von Protestbündnissen. Passend dazu analysiert das in Berlin beheimatete "Institut für Protest- und Bewegungsforschung" systematisch die Motive von Demonstrationsteilnehmern; gefragt wird unter anderem danach, inwieweit polizeiliche Videoüberwachung zu deren "Disziplinierung" beiträgt. Analog zu den Frankfurter "Dissidenzforschern" erstreckt sich das Interesse der beteiligten Wissenschaftler mitnichten nur auf Deutschland - in den Blick genommen werden ebenso "Jugendaufstände" in Frankreich, "Gefängnisrevolten" in den USA und "Hungerkrawalle" in afrikanischen Staaten. Die Erforschung des Protests kann als Voraussetzung für seine Kontrolle durch staatliche Behörden gelten.

Gegen die westliche Weltordnung

Wie der an der Johann-Wolfgang-Goethe Universität Frankfurt am Main angesiedelte Forschungszusammenhang "Internationale Dissidenz" mitteilt, plant die Einrichtung für Anfang März kommenden Jahres einen internationalen Kongress zum Thema "Herrschaft und Widerstand in einer globalisierten Welt". Betrachtet werden dabei laut Veranstaltungsankündigung in erster Linie Bewegungen, die sich gegen die westliche "Weltordnung" richten; das Beobachtungsspektrum reicht von sogenannten Globalisierungskritikern bis zu Anhängern des "radikalen Dschihadismus". Untersuchen will man insbesondere, wie sich oppositionelle Gruppen "radikalisieren" und zu "Dissidenten" entwickeln, so dass sie sich in der Folge nicht mehr an "etablierte Regeln" halten, sondern in einem "revolutionären" Sinne "unkonventionell" agieren.[1]

Ziviler Ungehorsam

Die Fragestellung der avisierten Tagung deckt sich mit derjenigen eines zuletzt im Sommersemester dieses Jahres von den "Dissidenzforschern" der Frankfurter Hochschule angebotenen Seminars. Wie dem Veranstaltungsplan zu entnehmen ist, befassten sich hierbei Studierende unter Anleitung der Politikwissenschaftlerin Nicole Deitelhoff und ihrer Mitarbeiter Priska Daphi und Felix Anderl mit der "Radikalisierung und De-Radikalisierung innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung". Die Teilnehmer wurden erklärtermaßen angehalten, einzelne politische Gruppen im Hinblick auf entsprechende "Veränderungsprozesse" zu untersuchen; zur Auswahl standen unter anderem Organisationen wie "Attac" und die "Interventionistische Linke" (IL).[2] Zu letzterer liegen mittlerweile erste Forschungsergebnisse vor. Demnach hat sich die IL durch ihre enge Anbindung an die Partei "Die Linke" zwar in den institutionellen Rahmen des etablierten politischen Systems integriert und damit "teilweise deradikalisiert", ihre "linksradikalen Positionen" jedoch nicht aufgegeben. Vielmehr sei zu beobachten, dass die Aktionsformen der Organisation wie etwa der "zivile Ungehorsam" mittlerweile selbst von "moderaten Akteuren" der sogenannten globalisierungskritischen Bewegung als legitimer Ausdruck von Protest "akzeptiert" werden, heißt es.[3]

Protestmonitor

Die mit der Leitung des besagten Seminars betraute Frankfurter Sozialwissenschaftlerin Priska Daphi verfügt ihrerseits bereits über einschlägige Erfahrungen im Hinblick auf die Ausforschung von Protestierenden. Im Auftrag des Berliner "Instituts für Protest- und Bewegungsforschung" (IPB), zu dessen Mitbegründern sie zählt, befragte Daphi im Herbst letzten Jahres Menschen, die gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA auf die Straße gegangen waren. Erhoben wurden neben Alter, Geschlecht und sozialem Status der Demonstranten auch Angaben über deren Motivation, politische Einstellung und "Protestererfahrung"; von Interesse war zudem, wer sie

für die Teilnahme "mobilisiert" hat.[4] Entsprechende "Befragungen von Demonstrierenden" bei "herausgehobenen Konfliktfällen" wiederum sind integraler Bestandteil des Forschungsdesigns des IPB. Erklärtes Ziel ist die "Dauerbeobachtung von politischen und sozialen Protesten in Deutschland im Sinne eines ständig fortzuschreibenden Protestmonitors".[5] Indes hat das IPB nach eigenem Bekunden mitnichten nur soziale Auseinandersetzungen in der BRD im Blick, sondern ebenso "Jugendaufstände" in Frankreich, "Gefängnisrevolten" in den USA und "Hungerkrawalle" ("food riots") in Burkina Faso.[6]

Internalisierung von Kontrolle

Aktuell untersucht der mit dem IPB eng verbundene Wissenschaftler Peter Ullrich von der Technischen Universität Berlin die "Effekte", die die gängige polizeiliche Praxis der Videoüberwachung auf die Teilnehmer von Demonstrationen hat. Ermittelt werden soll unter anderem, ob die permanente Beobachtung von Protestierenden zu deren "Disziplinierung" oder zu deren "Radikalisierung" beiträgt. Gefragt wird außerdem, inwieweit die polizeiliche Videoüberwachung "persönlichkeitsformende Auswirkungen" bei Demonstrationsteilnehmern zeitigt - also etwa eine "Internalisierung von Kontrolle" zur Folge hat.[7]

Strömungsübergreifende Mobilisierungen

Für den April kommenden Jahres kündigt das IPB nun eine internationale Konferenz über von Protestbündnissen lancierte "strömungsübergreifende Mobilisierungen" an; Ausrichter der Veranstaltung ist das "Institut für Soziale Bewegungen" (ISB) der Ruhr-Universität Bochum.[8] Zur Diskussion stehen laut Veranstaltungsprogramm sowohl die "Bedingungen", unter denen Allianzen widerständiger "Akteure" zustande kommen, als auch möglicherweise daraus resultierende "Spannungen" zwischen den Beteiligten.[9] Das Beobachtungsspektrum reicht von antikapitalistischen und antifaschistischen Organisationen über Frauen- und Umweltgruppen bis zu Aufstandsbewegungen in Lateinamerika, Afrika und Asien.

Protestrepertoire

Gemäß seinem wissenschaftlichen Ansatz wird auch der Frankfurter Forschungszusammenhang "Internationale Dissidenz" bei der Bochumer Tagung prominent vertreten sein. So sollen Nicole Deitelhoff, Priska Daphi und Felix Anderl darüber informieren, welche Auswirkungen "strömungsübergreifende Mobilisierungen" auf die "taktischen Entscheidungen" und das "Protestrepertoire" von Widerstandsbewegungen haben.[10] Dass es dabei einmal mehr um Fragen der "Radikalisierung" und "Deradikalisierung" gehen dürfte, bedarf keiner Erwähnung.

Bitte lesen Sie auch [Internationale Dissidenz \(I\)](#).

[1] International Dissidence: Rule and Resistance in a Globalized World. International Conference. Frankfurt, 2-4 March 2017. [dissidenz.net](#).

[2] Empiriepraktikum: Radikalisierung und De-Radikalisierung innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung. Wintersemester 2015/16 und Sommersemester 2016. Hauptseminar auf Masterniveau (Seminarplan). [www.fb03.uni-frankfurt.de](#).

[3] Antonia Gross/Patrick Grosmann: Ruin through formalization? Processes of social movement institutionalization: the example of the Interventionist Left. [bretterblog.wordpress.com](#) 21.09.2016.

[4] Priska Daphi u.a.: Für Demokratie und gegen die Macht der Konzerne. Motive und Merkmale der Teilnehmenden der Demonstration "TTIP + CETA stoppen. Für einen gerechten Welthandel!" am 10. Oktober in Berlin. [protestinstitut.eu](#).

[5] Forschungsinstitut 'Protest - Bewegung - Demokratie'. Memorandum zur Gründung einer sozialwissenschaftlichen Einrichtung. [protestinstitut.eu](#) April 2012.

[6] AK Riots and Resistance. [protestinstitut.eu](#).

[7] Videoüberwachung von Versammlungen und Demonstrationen. Praxis und Wissensformen von Polizei und Protestierenden (ViDemo). [www.tu-berlin.de](#) 30.06.2016.

[8] International Conference on Cross-Movement Mobilization, April 2017. [protestinstitut.eu](#).

[9], [10] International Conference on Cross-Movement Mobilization. April 5-7, 2017, Ruhr-University Bochum (Germany). [www.isb.ruhr-uni-bochum.de](#).

Internationale Dissidenz (I)

17.11.2016 FRANKFURT AM MAIN

(Eigener Bericht) - Ein Forschungsprojekt der Universität Frankfurt am Main untersucht China und Indien im Hinblick auf mögliches "dissidentes Verhalten". Man wolle in Erfahrung bringen, ob die beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Erde, die seit längerem "wirtschaftlich stark aufholen", eine Motivation für eine Großmachtpolitik aufwiesen, die westliche Ordnungsvorstellungen negiert, erklären die zuständigen Wissenschaftler. Passend dazu fragt eine andere Arbeitsgruppe der Frankfurter Hochschule nach den Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um "dissidente Akteure" der Weltpolitik erfolgreich als "Schurkenstaaten" zu diskreditieren. Beide Projekte sind Teil eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Zusammenhangs, der sich nach eigenem Bekunden mit "Organisations- und Artikulationsformen radikalen politischen Widerstands" befasst. Erklärtes Ziel ist es, "Mechanismen" zu entwickeln, die es ermöglichen, die identifizierten "Dissidenten" entweder zu neutralisieren oder wieder in die westliche Weltordnung zu integrieren. Das Beobachtungsspektrum reicht dabei von als oppositionell wahrgenommenen Staaten bis zu politischen Bewegungen.

Widerstandspotenzial

Wie der an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main angesiedelte Forschungszusammenhang "Internationale Dissidenz" mitteilt, untersucht eine seiner Arbeitsgruppen China und Indien im Hinblick auf ihr "Potential für wirksamen Widerstand" gegen die westlich geprägte "internationale Ordnung". Dies sei nicht zuletzt deshalb relevant, weil die beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Erde bereits seit längerer Zeit "wirtschaftlich stark aufholen", heißt es. Daher müsse nunmehr in Erfahrung gebracht werden, "unter welchen Bedingungen und aus welchen Beweggründen aufsteigende Großmächte zu dissidentem Verhalten übergehen, also zu radikalem Widerspruch gegen Institutionen und den darin verkörperten Normen", erklären die beteiligten Sozialwissenschaftler. Aufschluss über die hierfür entscheidenden "Motivlagen" erhoffen sie sich dabei nach eigenem Bekunden von Theorien, die "an den wachsenden Rohstoff- bzw. Statusbedürfnissen aufsteigender Mächte ansetzen".[1] Passend dazu fragen andere Forscher des Zusammenhangs explizit danach, wie "dissidente Akteure" der Weltpolitik "erfolgreich" als sogenannte Schurkenstaaten "diskreditiert" werden können.[2]

"Normative Ansprüche"

Die unter dem Label "Internationale Dissidenz" firmierenden Arbeitsgruppen sind Teil des ebenfalls an der Frankfurter Universität beheimateten Exzellenzclusters "Die Herausbildung Normativer Ordnungen", der vom deutschen Staat mit Millionensummen finanziert wird (german-foreign-policy.com berichtete [3]). Die für den "Exzellenzcluster" tätigen Philosophen, Historiker, Politikwissenschaftler, Juristen, Ethnologen, Ökonomen, Soziologen und Theologen wiederum prognostizieren "tiefgreifende und rapide gesellschaftliche Veränderungen", die weltweit mit massiven "sozialen Auseinandersetzungen" einhergehen.[4] Insbesondere die in den Ländern des globalen Südens lebenden Menschen hätten zahlreiche "Erfahrungen von Ungerechtigkeit, von Missachtung und Demütigung" gemacht, weshalb sie geneigt seien, ihre "normativen Ansprüche" gegen den Westen "notfalls auch mit Gewalt" durchzusetzen, heißt es: "So lässt sich gegenwärtig nur ahnen, welche heftigen Konflikte ... der aktuell prognostizierte globale Klimawandel zeitigen wird - welche Verteilungskämpfe um knapper werdende lebenswichtige Ressourcen in den stärker belasteten Regionen, welche sozialen und kulturellen Kämpfe, wenn die vorhersehbaren massenhaften Migrationen in die klimatisch günstigeren Zonen beginnen."[5]

Übergang zu Gewalt

Um die beschriebene Entwicklung zu kontern, befassen sich die in der Forschungsgruppe "Internationale Dissidenz" des "Exzellenzclusters" organisierten Sozialwissenschaftler einer Selbstdarstellung zufolge mit "Organisations- und Artikulationsformen radikalen politischen Widerstands" gegen "liberale Wirtschaftsmodelle", "internationale Regeln" und "westliche Werte".[6] Dabei betrachten sie allerdings nicht nur "dissidente" Staaten, sondern ebenso Aufstandsbewegungen und militante Gruppen. Wörtlich heißt es hierzu: "Weder die Rote Armee

Fraktion (RAF) noch Al-Qaida - um nur zwei prominente Beispiele zu nennen - haben als Terrorgruppen angefangen, sondern sind schrittweise zu Terrorgruppen geworden. Dabei ist der Übergang von gewaltloser zu gewaltsamer Dissidenz fließend. Häufig lässt sich eine Entwicklung von politischem Widerstand über Guerillakriegsführung bis zum Terrorismus beobachten." Ausgehend von dieser Einschätzung wollen die Forscher nach eigenem Bekunden "Eskalationsmechanismen politischer Gewalt" in den Blick nehmen und die "Bedeutung transnationaler Kooperation für die strategischen Entscheidungen dissidenter Akteure" ausloten. Bei der Suche nach einer Erklärung für den "Übergang von radikalem aber gewaltlosem Widerstand zu immer gewaltsameren Formen politischer Dissidenz" will man es indes nicht bewenden lassen - explizites Ziel ist es, "Mechanismen zu identifizieren, die zu einer Umkehr dieses Prozesses führen".[7]

Globalisierungskritik

Analog stellt sich das Arbeitsprogramm derjenigen Frankfurter "Dissidenzforscher" dar, die sich mit der "globalisierungskritischen Bewegung" befassen. Diese drücke insgesamt einen "radikale(n) Widerspruch von Teilen der transnationalen Zivilgesellschaft gegen internationale Institutionen" aus, unterscheide sich jedoch hinsichtlich der "Positionierung" der beteiligten Organisationen in Bezug auf "politische Ordnungsstrukturen", heißt es: "Während einige Gruppierungen ihre Ziele innerhalb der institutionalisierten Kanäle politischer Teilhabe verfolgen, verletzen andere bewusst die geltenden Spielregeln politischer Einflussnahme bis hin zur Anwendung von (sporadischer) Gewalt." Den Gründen für diese Unterschiede soll nun nachgespürt werden - mit dem Ziel, "Faktoren zu identifizieren, die gesellschaftlichen Protest in die Dissidenz hinein und wieder aus ihr herausführen".[8]

"Dissidenten" integrieren

Wie die intendierte "Deradikalisierung" von Protest- und Widerstandsbewegungen ihrer Ansicht nach gelingen kann, haben die Frankfurter Forscher bereits verschiedentlich dargelegt. Sie empfehlen die institutionelle Integration der "Dissidenten": "Erst wenn der politische Entscheidungsprozess als etwas erfahren wird, worin politisches Handeln und die Artikulation einer Meinung einen Unterschied macht, bildet sich ein Zutrauen in die politische Ordnung heraus. Und dieses Zutrauen ist in modernen Demokratien, aber eben auch in der globalen Herrschaftsordnung von enormer Bedeutung."[9] In Anbetracht der weltweiten Ausbeutungsbeziehungen mit ihren zerstörerischen Folgen für Menschen und Umwelt dürfte eine solche Vorgehensweise zwar schnell an ihre Grenzen stoßen. Für die Militärs, Polizeiapparate und Geheimdienste der westlichen Metropolen indes ist die von den Frankfurter Wissenschaftlern betriebene "Dissidenzforschung" von unschätzbarem Wert.

[1] Teilprojekt 4: Was frustriert die Gewinner? Entstehungsbedingungen dissidenter Großmachtspolitik. dissidenz.net.

[2] Teilprojekt 3: Schurken, Outlaws und Pariahs: Dissidenz zwischen Delegitimierung und Rechtfertigung. dissidenz.net.

[3] Siehe hierzu [Sicherheitskultur](#).

[4] Willkommen beim Exzellenzcluster "Die Herausbildung normativer Ordnungen" an der Goethe-Universität Frankfurt am Main! www.normativeorders.net.

[5] Forschungsprogramm. www.normativeorders.net.

[6] Internationale Dissidenz. dissidenz.net.

[7] Teilprojekt 2: Transnationale Eskalationsmechanismen gewaltsamer Dissidenz. dissidenz.net.

[8] Teilprojekt 5: Alternativlos? Gesellschaftlicher Protest in der globalisierungskritischen Bewegung zwischen Opposition und Dissidenz. dissidenz.net.

[9] Christian Volk/Julian Junk: Herrschaft in der internationalen Politik - Widerstand zwischen Entpolitisierung und Radikalisierung. In: Julian Junk/Christian Volk (Hg.): Macht und Widerstand in der globalen Politik. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) Bd. 30. Baden-Baden 2013.

URL <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20161128gfp.pdf>